Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 289 || **Freitag, den 13. Dezember 1929** || **81. Jahrgang**

Das Wichtigste

In unterrichteten Kreisen wird die Lage auf dem Anleihemarkt vielfach als so ungünstig bezeichnet, daß vorläufig, wenn überhaupt, dann nur kurzfristige Anleihen möglich sind.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichkanzler zum Vortrag über die politische Lage.

Die deutschnationale Arbeitsgemeinschaft nahm am Donnerstag ihre vorläufige Konstituierung vor. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden wurde einstimmig der Abgeordnete Treviranus betraut.

Der Sowjet-Außenkommissar ist Donnerstag auf einem russischen Torpedoboot in Konstantinopel eingetroffen, wo er feierlich empfangen wurde. Am Abend reiste er nach Angora weiter.

Der ehemalige türkische Handelsminister, Ali Dschenani, hat Unterschlagungen in Höhe von 70 000 türkischen Pfund (140 000 Reichsmark) begangen. Er ist flüchtig. Wie man annimmt, hält er sich in Syrien verborgen.

Der 1500 To. große englische Dampfer „Domino", der von Meucimpir nach Cardiff unterwegs ist, wird seit einigen Tagen vermißt. Man nimmt an, daß der Dampfer im Sturm untergegangen ist.

Nach Berichten aus Lissabon ist ein Fischdampfer während des Sturmes an der Tajomündung gesunken. Von der 23 Mann starken Besatzung sind zehn ertrunken,

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Silberner Sonntag.

„Und kommet die liebe Weihnacht heran
und stroßt mir das Geld in der Westen . . .

so heißt's im alten, lieben Handwerksburschenliede. Wieder einmal sind wir dicht vor dem Weihnachtsfest, dem schönsten aller deutschen Feste, wieder ist einer der Sonntage gekommen, die so recht eigentlich als die Vorläufer des Weihnachtsfestes gelten können: der silberne Sonntag. Es ist ein Tag, der die Freude vorbereiten soll, die dann unter dem strahlenden Lichterbaum und in den weihnachtlich duftenden Räumen unsere Herzen ganz erfüllen wird, ein Tag, der unter dem Zeichen des gegenseitigen Schenkens, des Gebens und Nehmens im edelsten Sinne steht. Doch nicht nur den Angehörigen soll gegeben werden, wir müssen in diesen seligen Tagen in erster Linie auch der Allgemeinheit gedenken, der Mitbürger, der Geschäftsleute, die ihre Läden so schön und verlockend ausgestattet und ausgeschmückt haben, wie sie's nur irgend konnten. Ein Gang durch die Straßen unserer Stadt lehrt uns das immer aufs neue, und darum, liebe Mitbürger: nicht nur geschaut und bewundert, sondern auch deutschem Gewerbe deutsche Gunst gegeben, damit Zufriedenheit in alle Herzen einziehen kann und dieser Sonntag wirklich zum silbernen wird. Sind wir doch allesamt aufeinander angewiesen! Gewiß, die Zeit ist schwer, und nicht jedem stroßt das Geld in der Westen, aber etwas Freude wollen wir doch alle bereiten, und so einsam ist fast niemand, daß er nicht irgendwelche bescheidenen Wünsche zu befriedigen hätte. Kauft nach Möglichkeit am Orte und helft so an eurem Teile dazu, daß allen, Verkäufern wie Käufern, Zufriedenheit und stilles Glück aus den Augen leuchten! Ein mahnend Wort zu ernster Zeit, besonders gilt's den Damen, die ja doch nun einmal am meisten in der Lage sind, die Weihnachtseinkäufe zu tätigen, die die Wünsche der Familienmitglieder am genauesten kennen. Dann strahlt der silberne Sonntag seinen Segen weit hinein in die Lande, und beglückt können wir allesamt singen: O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit!

Pulsnitz. (Ergebnis der Viehzählung.) Bei der am 2. Dezember 1929 stattgefundenen Viehzählung wurden in der Stadt Pulsnitz gezählt:

91 Pferde,
165 Rinder,
117 Schweine,
70 Ziegen,
93 Gänse,
45 Enten,
1634 legefähige Hennen,
412 Junghennen, Hähne, Kapaune,
54 Perl- und Truthühner,
540 Kaninchen und
28 Bienenstöcke.

Pulsnitz. („Der Fall Sonja Petrowna") der große russische Sexualfilm, welcher am Sonnabend in einer Nachtvorstellung im Olympia-Theater läuft, beleuchtet ein gewaltiges Problem mit stärkster Realistik. Ein Film, der die Beschauer tief ergreift und ihnen Achtung vor diesem guten Werk russischer Regisseure abnötigt. Wir verweisen auf die Anzeige in dieser Nummer.

Finanzreform und Young-Plan

Kanzlerrede vor dem Reichstag

Erklärung der sächsischen Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei — Wiesbaden von den englischen Truppen geräumt — Die Berliner Presse zur Ultimo-Krise des Reichskabinetts — Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler — Der neue Schritt Schachts bei der Reichsregierung — Annahme der Getreidezollvorlage im Reichstag

114. Sitzung, 12. Dezember 1929.

Plenarsitzungssaal, Publikums- und Pressetribüne sowie die Diplomatenloge wiesen eine sehr starke Besetzung auf, als die Glocken des Reichstages zum Beginn der Sitzung riefen. Auf der Tagesordnung stand allein die „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung".

Reichskanzler Müller

nahm sofort das Wort. Einleitend machte er davon Mitteilung, daß auch in diesem Jahr der Haushaltsplan rechtzeitig weder dem Reichsrat noch dem Reichstag zugehen könne. Der Kanzler begründete die Verzögerung mit besonderen Umständen. Er wies dabei darauf hin, daß die Gestaltung des Reichshaushaltsplans davon abhänge, ob der Young-Plan von den beteiligten Mächten angenommen werde oder nicht. Dann meinte der Kanzler, die Regierung habe, als es sich herausstellte, daß die endgültige Erledigung des Young-Plans sich immer weiter in die Länge zöge, den Beschluß gefaßt, den Reichstag grundsätzlich mit den Fragen der Reichsfinanzreform noch vor Weihnachten zu befassen. Dieser Beschluß der Regierung sei schon vor Wochen erfolgt. Den letzten Anstoß zur Debatte habe

das Memorandum des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht

gegeben. Der Kanzler meinte, es solle keine Beeinträchtigung der großen Verdienste Schachts sein, wenn er sich nunmehr mit seinen Ausführungen kritisch befasse. Bereits in ihrer amtlichen Erklärung habe die Regierung gesagt, daß sie dieser Veröffentlichung mit Befremden gegenüberstehe. Eine Auseinandersetzung über das Memorandum habe sie abgelehnt. Gleichzeitig habe sie darauf hingewiesen, daß sie beabsichtige, dem Reichstage, dem sie allein verantwortlich sei, Rede und Antwort zu stehen. In dem Memorandum des Reichsbankpräsidenten handelt es sich im wesentlichen um Punkte, die die deutschen Sachverständigen schon bei der Pariser Verhandlung beschleunigt hätten, bei denen es ihnen aber meist nicht gelungen sei, den Erfolg zu erzielen, der am meisten der deutschen Sache entsprochen hätte. Es sei in einigen Punkten nicht einmal möglich gewesen, die deutschen Gegengründe der ausführlich dargelegten Auffassung der anderen Seite gegenüberzustellen. Auf reparationspolitische Gebiet seien vom Reichsbankpräsidenten Vorwürfe nach zwei Richtungen erhoben worden.

Der Reichskanzler beschäftigte sich dann mit den Einzelheiten der Vorwürfe des Reichsbankpräsidenten und sprach zunächst über den Verzicht auf den Ueberschuß von 400 Millionen Reichsmark, die dadurch noch zur Verfügung standen, weil die Zahlungsperiode des Young-Plans und des Dawes-Plans einander überschnitten.

Eingehend behandelte der Reichskanzler die rechtliche Lage und behauptete, daß Deutschland diesen Ueberschuß nicht ohne weiteres für sich habe beanspruchen können. Auf den Vorwurf, daß die deutsche Regierung den ungeschützten Teil der Annuität hat erhöhen lassen, äußerte sich der Reichskanzler mit der Behauptung, daß im Durchschnitt die jährliche Belastung aus dem ungeschützten Teil gleichbleibt. Bei der Behandlung der deutsch-belgischen Markfrage erklärte der Reichskanzler, daß die deutsche Regierung schon im September 1928 in Genf Verhandlungen über die Markansprüche in Aussicht gestellt habe. Bei den neuen Zumutungen, die Deutschland auf sich genommen haben soll, handele es sich vor allem um die Ansprüche gegen den polnischen Staat und um eventuelle Zahlungen, die aus einem späteren Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich aus dem Saarproblem sich ergeben könnten.

Das deutsch-polnische Abkommen

fuße auf Empfehlungen des Young-Planes und bilde die Fortsetzung früherer Verhandlungen. In dem Abkommen würden eine Reihe von finanziellen Ansprüchen auf beiden Seiten aufgegeben. Es sei richtig, daß diese Verzichte eine interne Entschädigung der deutschen Gläubiger zur Folge haben werden. Deutschland habe dieses Zugeständnis aber nur gegen polnische Gegenleistungen gemacht. Er behandelt dann weiter die Saarfrage, über die zur Zeit zwischen Deutschland und Frankreich verhandelt werde. Ueber das Ergebnis lasse sich noch nichts sagen.

Der Reichskanzler wendet sich dann den innerpolitischen Fragen zu, die mit dem internationalen Reparationsproblem aufs engste zusammenhängen.

Das finanzielle Gesamtprogramm der Reichsregierung

umfasse Maßnahmen zur Sanierung der deutschen Finanzen und zur Entlastung der Sparkassen durch Verstärkung der Einnahmen der Arbeitslosenversicherung und eine umfassende Steuerreform. Wenn er heute nur die Grundzüge darlege, nicht aber auch die weit über ein Dutzend Gesetzentwürfe, so liege der Grund in der Notwendigkeit der Reichsregierung, bis zum Abschluß der Verhandlungen über den Young-Plan die erforderliche Entschlußfähigkeit zu wahren. Denn eine der Voraussetzungen für die Annahme des Young-Planes sei, daß die im Young-Plan enthaltenen gemeinsamen Empfehlungen und Vorschriften restlos von allen beteiligten Staaten angenommen und beachtet würden. Das lege der Reichsregierung die Pflicht auf, bis zur Erreichung dieser Ziele den außenpolitischen Rücksichten vor den innenpolitischen Gründen den Vorrang einzuräumen. Der Reichsbankpräsident habe nun in voller Uebereinstimmung mit der Reichsregierung darauf hingewiesen, daß eine der Voraussetzungen für die Annahme des Young-Planes die Ordnung des deutschen Reichshaushalts sei. Der Reichskanzler behandelt dann eingehend den Finanzplan der Reichsregierung.

Das laufende Haushaltsjahr werde mit einem Fehlbetrag abschließen, der mehr als das Doppelte des Fehlbetrages von 1928 ausmachen werde, der rund 150 Millionen betragen habe. Wenn aber der Young-Plan angenommen sein werde, werde die für das Haushaltsjahr 1929 rückwirkend eintretende Entlastung gerade ausreichen, um die Fehlbeträge von 1928 und 1929 abzudecken. So werde für 1930 freie Bahn geschaffen sein. Das oberste Ziel der Finanzreform müsse der Ausgleich im Haushalt bleiben.

Deshalb müsse für 1930 auch

für die Arbeitslosenfürsorge die Beiträge erhöht

werden, die Krisenfürsorge höher angesetzt werden, das landwirtschaftliche Notprogramm müsse durchgeführt werden, dazu kommen die Kosten für ein Grenzprogramm im Westen und im Osten und für ein Abrechnungsgesetz mit den Ländern wegen der noch ausstehenden Forderungen an das Reich. Die Reichsregierung habe bei dem Etat für 1930 darauf Bedacht genommen, daß solche höheren Ausgaben möglichst durch Herabsetzung anderer Ausgaben ausgeglichen würden.

Das Problem der Kürzung der Ausgaben sei nur durch eine Neuordnung der Verwaltung zu erreichen. Für das Jahr 1930 würden aus dem Young-Plan noch 350 Millionen zur Entlastung aller Teile der Wirtschaft zur Verfügung stehen. Die Reichsregierung glaubt aber, außer diesen 350 Millionen noch einen weiteren Betrag von 400 Millionen zu benötigen. Dieser Betrag soll durch Erhöhung der Biersteuer mit 180 Millionen und der Tabaksteuer mit 220 Millionen erreicht werden. Es sei mißlich, zur Steuererhöhung zwei Steuern auszuwählen, die den Konsum belasten. Triftige Gründe hätten aber zu dieser Maßnahme gezwungen. Der deutschen Wirtschaft würden insgesamt aus diesem Programm 750 Millionen zur Verfügung gestellt. Wie sich die Regierung die Steuersenkung denkt, wird durch das Finanzprogramm dargelegt. Der Reichskanzler erörtert dann die Einzelheiten dieses Steuerprogramms in vorsichtiger Formulierung und schließt mit dem Satze, daß die Regierung zur Durchführung dieser Maßnahmen, zur Ueberwindung der finanzpolitischen Schwierigkeiten und zur Ueberwindung der außenpolitischen Schwierigkeiten des vollen Vertrauens des Reichstages bedürfe. Der Reichskanzler erklärte noch, daß, wenn die Regierung stürze, die Haager Konferenz und der Young-Plan gefährdet seien.

Erklärung der sächsischen Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei.

Wie die deutschnationale Pressestelle mitteilt, haben die Landesverbände Sachsen-West, Sachsen-Süd- und Sachsen-Ost der D. N. V. P. folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die drei Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen bedauern und mißbilligen das Ausscheiden einer Reihe von Abgeordneten aus der